

OA-Update 2023/04 | Stand: 27. Februar

Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit einem Tag Verspätung hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 25. Februar das zehnte EU-Sanktionspaket gegen Russland vorgestellt. Die Verzögerung war durch Polen entstanden, das bis zuletzt schärfere Sanktionen gegen die Einfuhr von synthetischem Kautschuk verlangt hatte, sich dann aber nicht gegen die Haltung Italiens durchsetzen konnte. Die neuen Exportsanktionen gegen Russland betreffen nach Angaben der EU Waren im Wert von elf Milliarden Euro. Damit seien nun insgesamt Waren im Wert von 44 Milliarden Euro oder knapp die Hälfte der früheren EU-Exporte nach Russland sanktioniert. Gleichzeitig wuchsen die Importverbote mit den aktuellen Maßnahmen auf ein Volumen von 90 Milliarden Euro, ebenfalls rund 50 Prozent der früheren EU-Importe aus Russland. Die neuen Handelsverbote betreffen insbesondere industrielle Güter wie Maschinenteile, Antennen, Kräne, Spezialfahrzeuge, Seltene Erden, Wärmebildkameras und weitere elektronische Bauteile. Zudem wurde die Liste der Personensanktionen ausgeweitet. Ein Tag vor der EU hatten bereits die USA und Großbritannien am Jahrestag des Beginns des russischen Krieges gegen die Ukraine neue Sanktionen gegen Russland veröffentlicht. Beim zehnten EU-Sanktionspaket wird es nicht bleiben: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat bereits ein elftes Paket angekündigt, mit dem vor allem die Umgehung von EU-Sanktionen bekämpft werden soll. Alle Meldungen finden Sie im heutigen Sanktionsupdate. Hier die Rubriken in der Übersicht:



- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Pressekonferenz des Ost-Ausschusses: Wirtschaft in Mittel- und Osteuropa sortiert sich neu

Als Folge des russischen Krieges gegen die Ukraine vollziehen sich deutliche Verschiebungen in den deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa. „Die Entflechtung vom russischen Markt kommt schnell voran und wird sich 2023 weiter fortsetzen“, sagt der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses Michael Harms anlässlich der Frühjahrspressekonferenz des Verbandes in Berlin kurz vor dem ersten Jahrestag des russischen Überfalls. „Die Exporte nach Russland verringerten sich 2022 um 45 Prozent und lagen damit so niedrig wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. Die drastischen Einbußen konnten aber durch zweistellige Exportsteigerungen in andere Märkte mehr als wettgemacht werden.“ Der deutsche Handel mit Mittel- und Osteuropa kletterte dadurch im Jahr 2022 auf einen neuen Höchststand von 562 Milliarden Euro. Die 29 Länder Mittel- und Osteuropas trugen damit weiterhin gut 18 Prozent zum gesamten deutschen Außenhandel bei, erneut mehr als China und die USA zusammen.

Mit knapp 15 Milliarden Euro rutschten die deutschen Exporte nach Russland um über zwölf Milliarden Euro (-45 Prozent) unter den Wert des Vorkriegsjahres 2021. In der Rangfolge der deutschen Absatzmärkte stürzte Russland damit binnen eines Jahres von Rang 15 auf Rang 23. „Rein statistisch hat der Krieg die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen bereits um 20 Jahre zurückgeworfen und ein Ende dieser Negativentwicklung ist nicht abzusehen“, sagt der Ost-Ausschuss-Geschäftsführer.

Die schnelle Entkoppelung von Russland ist nach Einschätzung des Ost-Ausschusses nur zum Teil auf die EU-Sanktionspakete zurückzuführen. „Die Mehrheit der deutschen Unternehmen im Russland-Geschäft tut wesentlich mehr, als es die Sanktionen verlangen, hat ihr Neugeschäft eingestellt oder ist dabei, ihr Russland-Geschäft komplett abzuwickeln“, so Harms. Nur in Branchen, die ausdrücklich von EU-Sanktionen ausgenommen seien, wie dem Gesundheits- und Agrarsektor finde noch mehr oder weniger normales Geschäft statt. „Die vielzitierten Statistiken zum angeblichen Verbleib der meisten Unternehmen in Russland sind irreführend, weil ein hundertprozentiger Rückzug hochkompliziert und zeitraubend ist“, sagt Harms. „Der russische Staat tut inzwischen alles, um einen weiteren Exodus ausländischer Unternehmen zu verhindern.“

Während es der deutschen Wirtschaft überraschend schnell gelungen sei, sich an eine Welt ohne russische Energielieferungen anzupassen, fahre die russische Wirtschaft mit hohem Tempo in eine langanhaltende Krise hinein. „Wir haben immer gesagt, dass die russische Wirtschaft nicht über Nacht zusammenbrechen wird“, betont Harms. „Aber die Sanktionen, der Rückzug ausländischer Unternehmen und der Exodus hunderttausender junger Arbeitskräfte haben eine toxische Wirkung. Wir erleben eine Desintegration Russlands aus der Weltwirtschaft und eine beispiellose Rückabwicklung marktwirtschaftlicher sowie technischer Errungenschaften der letzten 30 Jahre.“

Den ausführlichen Bericht sowie die aktuellen Statistiken zum Handel finden Sie hier: [Wirtschaft in Mittel- und Osteuropa sortiert sich neu | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Rückzug deutscher Unternehmen aus Russland

Die FAZ hat noch einmal die Statistiken aufgegriffen, die den Eindruck erwecken, dass sich nur wenige deutsche Unternehmen aus Russland zurückgezogen haben. Der Artikel lässt dazu Ost-Ausschuss Geschäftsführer Michael Harms ausführlich zu Wort kommen und über den Aufwand berichten, der mit einem Rückzug aus Russland verbunden ist.

[Unternehmen kommen nur schwer von Russland los \(faz.net\)](#)

Messe „Rebuild Ukraine“ in Warschau – Bilanz

Zeichen der Hoffnung in Warschau: Rund 300 Unternehmen aus ganz Europa präsentierten am 15. und 16. Februar 2023 im Rahmen der Messe „Rebuild Ukraine“ ihre Lösungen für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Städte und der Infrastruktur in der Ukraine. Die stärkste Vertretung auf dem Gelände der Warschauer Expo XXI stellten dabei mittelständische Unternehmen aus Deutschland. Auch Tschechien, Italien, Dänemark, Großbritannien, Österreich und die baltischen Staaten waren stark vertreten. Der Ost-Ausschuss beteiligte sich erfolgreich an einem Gemeinschaftsstand mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Germany Trade&Invest und der AHK Polen und stellte seinen Service Desk Ukraine als Austauschplattform vor. Besonders beeindruckte der Auftritt der ukrainischen Kommunen: Rund 25 ukrainische Städte, darunter sogar Vertreter der derzeit von Russland okkupierten Stadt Mariupol, informierten an Ständen und mit Präsentation über Kriegszerstörungen und ihre Prioritäten für den Wiederaufbau. Dieser könne nicht auf einen Friedensschluss mit Russland warten, so ihre Botschaft, sondern müsse im Interesse der Menschen schnelle Erfolge zeigen. Die Messe unterstrich das große Interesse und die Solidarität der europäischen Wirtschaft. Entscheidend bleibt die rasche Bereitstellung eines europäischen Wiederaufbaufonds, der Aufbau effizienter und transparenter Strukturen für die Mittelverwendung und Garantien für Investoren. Hier wird sich der Ost-Ausschuss weiterhin mit großem Engagement einbringen.

Hier ein ausführlicher GTAI-Bericht zur Messe:

[Schaulaufen für den Wiederaufbau der Ukraine | Branchen | Ukraine | Messen, Ausstellungen \(gtai.de\)](#)

Makroökonomischer Ausblick auf die russische Wirtschaft

Wie wird sich die russische Wirtschaft in Anbetracht des Angriffskrieges gegen die Ukraine und angesichts zunehmender Sanktionen in den kommenden Jahren entwickeln? Auf Einladung des Ost-Ausschuss-Arbeitskreis Russland stellte dazu Gunter Deuber, Head

of Research und Bereichsleiter Volkswirtschaft und Finanzanalyse bei der Raiffeisen Bank International AG, am 21. Februar seine aktuellen Einschätzungen vor. Nach einem moderaten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2022 von 2-3 Prozent sieht Deuber die russische Wirtschaft 2023 weiter in einer leichten Rezession. Insbesondere das Schlussquartal 2022 sei schlecht gelaufen, die Vorgaben für 2023 daher schwach, weshalb mit einem Wirtschaftswachstum nicht mehr zu rechnen sei. Ab 2024 erwartet Deuber hingegen eine Rückkehr zum leichten Wachstum der Vorkriegsjahre. Einerseits sei die russische Wirtschaft trotz der Sanktionen dank zuvor gebildeter Rücklagen, hoher Rohstoffpreise und enormer Leistungsbilanzüberschüsse relativ robust. Größere Finanzierungsprobleme seien weiterhin nicht zu erwarten, der Rubel werde sich stabil entwickeln. Die Länder, die Sanktionen eingeführt haben, stünden nur für rund 60 Prozent der Weltwirtschaft. Russland habe daher weiter Chancen, westliche Sanktionen zu umgehen. Dennoch fehle es der russischen Wirtschaft zunehmend an Innovationskraft und der private Konsum entwickle sich deutlich schwächer. Die westlichen Hightech-Sanktionen und der Exodus von jungen Fachkräften nach der Kriegsmobilisierung im Herbst trügen dazu bei, dass die russische Wirtschaft „primitiver“ werde.

Die Unterlagen zum Vortrag können beim Ost-Ausschuss bezogen werden:

c.schuchart@oa-ev.de

„Update Recovery Ukraine“

Zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine hat der Ost-Ausschuss im Sommer 2021 einen Service Desk Ukraine eingerichtet. Dieser wird mit finanzieller Hilfe einer Reihe von Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses auch 2023 seine Arbeit fortsetzen. Die Koordination der Arbeit läuft über Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de.

Der Service Desk bereitet regelmäßig alle Entwicklungen rund um den Wiederaufbau in der Ukraine und Beteiligungsmöglichkeiten deutscher Unternehmen zu einem Update auf. Das Update kann beim Service Desk kostenlos abonniert werden. Das am 9. Februar erschienene Update finden Sie hier:

[OA-Update Recovery Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Zur Arbeit des Service Desk finden Sie hier gebündelte Informationen:

[Service Desk Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Kampf gegen Sanktionsumgehung – elftes Sanktionspaket angekündigt

Das Bundeswirtschaftsministerium will die Umgehung der Sanktionen gegen Russland erschweren. Außenhandelsdaten deuteten darauf hin, dass EU-sanktionierte Güter „in erheblichem Maß“ aus der EU und damit auch aus Deutschland in bestimmte Drittländer ausgeführt und von dort nach Russland weiter exportiert werden, heißt es in einem Papier aus dem Haus von Ressortchef Robert Habeck (Grüne).

„Diesen Umgehungsaktivitäten müssen wir uns gemeinsam effektiver als bislang entgegenstellen, auf nationaler Ebene und auf Ebene der EU“, heißt es in dem Papier. Dies solle im Fokus eines elften EU-Sanktionspakets stehen. Dafür werde sich das Ministerium in enger Abstimmung mit den anderen Ressorts der Bundesregierung einsetzen.

Konkret will das Ministerium Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen. So sollen Exporte in bestimmte Drittstaaten nur noch bei Abgabe von transparenten „Endverbleibserklärungen“ im Rahmen der Ausfuhranmeldung möglich sein. „Das gilt für alle sanktionierten Güter, die von Bedeutung für die russische Kriegsmaschinerie sind. Dafür setzen wir uns auf EU-Ebene ein und passen die nationalen Regularien an“, heißt es. Vorsätzliche Falschangaben sollten künftig europaweit eine Straftat sein.

Zudem will das Ministerium die Unterstützung möglichst vieler Staaten gewinnen, um die Schlagkraft der Sanktionen zu erhöhen. Dafür sollten diplomatische Anstrengungen mit dem neuen EU-Sanktionskoordinator und internationalen Partnern verstärkt werden. Der Wegfall von Zollerleichterungen könne Ländern Anreize zur Zusammenarbeit geben, die bislang nicht kooperierten.

Auch soll die Umgehung von Sanktionen stärker bestraft werden, wie es weiter heißt. So setze man sich in Brüssel dafür ein, „bestimmte Unternehmen aus Drittstaaten als Empfänger sanktionierter Güter auszuschließen“. Zudem will die Bundesregierung Hinweise auf Sanktionsverstöße stärker fördern. Dafür ergänze man die EU-Sektorsanktionen mit einer Informationsoffenlegungspflicht, die sich an jedermann richte. Wer „sanktionsrelevante Informationen“ habe, müsse diese den Behörden melden.

Vize-Kanzler erläuterte die Pläne am 23. Februar und sprach von Verrat. Sanktionsumgehungen seien kein Kavaliersdelikt und bereits strafbewehrt. „Hier wird das Interesse der Menschen, die um ihre Freiheit kämpfen, verraten“, sagte er mit Blick auf die Ukraine und den russischen Angriffskrieg.

Habeck sagte, es handle sich bei der Umgehung von Sanktionen auch um Hightech-Güter und Güter, die militärisch eingesetzt werden können. Als problematisch werden vor allem Komponenten für die Rüstungs-, Energie- und Weltraumindustrie angesehen. Im Verdacht stehen Staaten wie die Türkei, China oder Indien, die sich nicht an den Sanktionen gegen Russland beteiligen.

Habeck wollte keine Namen von Ländern nennen. Die Analyse sei noch nicht abgeschlossen. Wenn man sich Handelsströme anschaut, könne es sich aber nicht um Zufall handeln, dass Exportquoten von bestimmten Gütern nach Russland ab Kriegsbeginn oder Sanktionseintritt sprunghaft angestiegen seien. „Plausibel ist, dass hier tatsächlich zumindest billigend die Umgehung von Sanktionen in Kauf genommen werden“, sagte der Minister: „Das wiederum können wir nicht in Kauf nehmen.“

Wie die "Welt am Sonntag" unter Berufung auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes berichtete, wecken hohe Zuwächse bei deutschen Ausfuhren für den Kaukasusstaat Armenien sowie Kasachstan und Kirgistan in Zentralasien den Verdacht auf die Umgehung von Russland-Sanktionen.

Nach dem Willen des Wirtschaftsministeriums sollen Exporte in bestimmte Drittstaaten nur noch bei Abgabe von transparenten „Endverbleibserklärungen“ im Rahmen der Ausfuhranmeldung möglich sein. „Das gilt für alle sanktionierten Güter, die von Bedeutung für die russische Kriegsmaschinerie sind“, heißt es in dem Papier.

Habeck sagte im "Frühstart" von RTL und ntv, die Unternehmen müssten dann über eine Zollerklärung bestätigen, dass die Güter im Land bleiben. Vorsätzliche Falschangaben sollten künftig europaweit eine Straftat sein.

Unternehmen in Drittstaaten, die ein Produkt mit EU-Herkunft, das auf der Sanktionsliste stehe, nach Russland weitergeben, sollen als Empfänger dieser Güter ausgeschlossen werden. "Die dürfen eben nicht mehr Abnehmer werden", so Habeck. "Das ist ein harter Einschnitt für diese Unternehmen."

Zudem will die Bundesregierung Hinweise auf Sanktionsverstöße stärker fördern. Dafür wolle man mit den EU-Partnern Sektorsanktionen mit einer Informationsoffenlegungspflicht ergänzen, die sich an jedermann richte. Wer "sanktionsrelevante Informationen" habe, müsse diese den Behörden melden.

Deutschland und elf weitere EU-Staaten haben bereits eine Initiative für ein entschlosseneres Vorgehen gegen die Umgehung von Russland-Sanktionen gestartet. Unter anderem schlagen die EU-Staaten auch den Aufbau einer gemeinsamen Analyse-Plattform vor. Über sie könnten konkrete Fälle und verdächtige Handelsströme untersucht werden. Zudem wird etwa dafür geworben, die Möglichkeiten zu erweitern, Firmen aus Nicht-EU-Ländern den Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu verwehren.

Das Papier des Bundeswirtschaftsministeriums zu Sanktionsumgehung ist auf Anfrage im Ost-Ausschuss erhältlich.

Weitere Berichte:

[Russland: Wirtschaftsminister Habeck will Sanktionsumgehung unterbinden - DER SPIEGEL](#)

[Sanktionen gegen Russland: Habeck-Plan soll Umgehung von Unternehmen stoppen \(merkur.de\)](#)

Deutsche Bevölkerung trägt mehrheitlich Russland-Sanktionen mit

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist bereit, ukrainischen Flüchtlingen zu helfen und die Sanktionen gegen Russland weiter zu verschärfen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (Dezim), die die Deutsche Presse-Agentur zusammengefasst hat.

Die Forscher hatten die Teilnehmer im Januar gefragt, ob sie eine neuerliche Verschärfung dieser Sanktionen unterstützen würden - und zwar auch dann, wenn dies für sie mit Mehrkosten verbunden wäre. 62 Prozent der Befragten bejahten dies. Wie bei einer zurückliegenden Befragung im vergangenen Juli, so sprachen sich auch diesmal die Anhänger aller Parteien mehrheitlich für härtere Sanktionen aus - mit Ausnahme der Anhänger der AfD.

Unter den Befragten, die angaben, sie beabsichtigten bei der nächsten Wahl ihre Stimme den Grünen zu geben, war die Bereitschaft, verschärfte Sanktionen trotz Mehrkosten mitzutragen, am höchsten. Drei von vier Anhängern der Grünen und knapp zwei Drittel der Anhänger der SPD sprachen sich dafür aus. Bei den Anhängern von CDU, CSU, FDP und Linkspartei wurde jeweils ein etwas niedrigerer Wert gemessen, der aber auch noch bei rund 60 Prozent lag.

Lediglich diejenigen, die bei der Frage nach der Wahlabsicht die AfD nannten, vertraten mehrheitlich eine andere Auffassung. Eine Verschärfung der Russland-Sanktionen trotz Mehrkosten würde nur rund jeder vierte Anhänger der Partei (24 Prozent) unterstützen.

Weiterhin sehr hoch ist laut Untersuchung auch die Bereitschaft der Bevölkerung in Deutschland, den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine materiell und praktisch zu helfen. 57 Prozent der Befragten können sich vorstellen, Geld zu spenden. Immerhin 16 Prozent der Teilnehmer der Umfrage sagten den Angaben zufolge, er oder sie sei bereit, geflüchtete Menschen aus der Ukraine vorübergehend zuhause aufzunehmen.

IW: Hohe Verluste durch den Krieg

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine kostet die Weltwirtschaft bis Ende 2023 laut einer Schätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft 2,6 Milliarden US-Dollar.

„Gemäß der IW-Schätzung dürfte die weltweite Wirtschaftsleistung im Gesamtjahr 2022 um deutlich über 1.600 Milliarden US-Dollar niedriger ausgefallen sein als im kontrafaktischen Fall ohne Krieg“, heißt es in der Zusammenfassung. Rund zwei Drittel dieser Produktionseinbußen seien im vergangenen Jahr in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften (Advanced economies) zu verzeichnen und ein Drittel in den Aufstrebenden Volkswirtschaften (Emerging market and developing economies). China zähle zur letzteren Gruppe.

Im Jahr 2023 können sich laut IW die weltweiten Produktionsausfälle gemäß den bestehenden Rahmenbedingungen auf nochmals rund 1.000 Milliarden US-Dollar

belaufen. Die absoluten Einbußen dürften nach gegenwärtiger Sachlage geringer ausfallen als im Jahr 2022, weil von einer Entspannung an den globalen Rohstoff- und Energiemärkten ausgegangen wird. Damit dürfte auch die Inflation zurückgehen und die damit einhergehenden Belastungen. Mit Blick auf das Jahr 2023 fallen die Einbußen in den aufstrebenden Volkswirtschaften und den Entwicklungsländern mit rund 40 Prozent des weltweiten Produktionsrückgangs relativ gesehen höher aus als im Jahr 2022. Insgesamt wird mit dieser Rechnung deutlich, dass der Krieg von weltwirtschaftlicher Bedeutung ist und auch die aufstrebenden Volkswirtschaften und die Entwicklungsländer stark von wirtschaftlichen Ausfällen betroffen sind, schreibt das IW.

Hier der vollständige Beitrag:

[Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Weltwirtschaft – IW-Schätzung der Größenordnungen - Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\) \(iwkoeln.de\)](#)

Bundesverwaltungsgericht verhandelt über Rosneft-Klage

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verhandelt über die Klage des russischen Ölkonzerns Rosneft gegen die Bundesregierung, dies berichtet die Nachrichtenagentur AFP. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte im September 2022 im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine und unter Verweis auf die Energieversorgungssicherheit zwei deutsche Tochterfirmen von Rosneft unter Treuhandverwaltung gestellt. Darunter fällt insbesondere die PCK-Ölraffinerie im brandenburgischen Schwedt, an der Rosneft mehrheitlich beteiligt ist. Rosneft widerspricht der Darstellung des Ministeriums, dass die Versorgungslage in Deutschland gefährdet und daher die Einführung einer Treuhandverwaltung notwendig gewesen sei. Diese Anordnung sei unverhältnismäßig. Der russische Konzern wendet sich auch gegen ein seit dem 1. Januar 2023 geltendes Embargo auf russische Ölimporte nach Deutschland. Ein möglicher weiterer Verhandlungstermin in dem Verfahren wurde für den 7. März festgelegt.

3. Europäische Union

Zehntes Sanktionspaket der EU gegen Russland

Am 25. Februar wurde in Brüssel das nunmehr zehnte Sanktionspaket gegen Russland vorgestellt. Business Europe hat die wichtigsten Inhalte hier zusammengestellt:

1. Ausfuhrverbot und Beschränkungen für sensible Technologien mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-use) und Spitzentechnologien.

Mit dem Ziel, den russischen Militärkomplex zu schwächen, hat die EU weitere elektronische Komponenten ins Visier genommen, die in russischen Waffensystemen (Drohnen, Raketen, Hubschraubern und anderen Fahrzeugen) verwendet werden, sowie Verbote für bestimmte seltene Erden und Wärmekameras mit militärischen Anwendungen. Es betrifft auch Produkte wie Zellen, Software, Optik, Laser, Halbleiter oder integrierte Schaltkreise, neben anderen Produkten. 96 weitere Einrichtungen, die mit dem militärisch-industriellen Komplex Russlands verbunden sind, wurden in die Liste der militärischen Endverwender aufgenommen. Darunter befinden sich erstmals auch sieben iranische Unternehmen, die Komponenten aus der EU verwenden und Russland mit militärischen „Shahed“-Drohnen beliefern, um zivile Infrastrukturen in der Ukraine anzugreifen.

2. Es wurden neue Ausfuhrverbote für Hunderte von Produkten verhängt

Dazu gehören Fahrzeuge wie schwere Lastwagen, die noch nicht verboten waren (und deren Ersatzteile), Sattelanhänger und Spezialfahrzeuge wie Schneemobile; Waren, die leicht an das russische Militär geliefert werden können, z. B. elektrische Generatoren, Ferngläser, Antennen, Radargeräte, Kompass; Baugüter wie Brücken, Konstruktionen für turmähnliche Gebäude, Gabelstapler, Kräne; Waren, die für das Funktionieren und den Ausbau der russischen Industriekapazitäten wichtig sind (Elektronik, Maschinenteile, Pumpen, Maschinen für die Metallverarbeitung usw.); komplette Industrieanlagen, Ausrüstung für die Verarbeitung von Metallen.); komplette Industrieanlagen, Ausrüstung für die Herstellung von Elektronik, Maschinen für die Verarbeitung von Materialien, Kristallziehvorrichtungen, Öfen, Werkzeugmaschinen, Elektroden und Software. Das Verbot betrifft auch Fentanyl und seine Derivate, chemische Grundstoffe für Chemikalien mit zentraler Wirkung auf das Nervensystem, Impfstoffe, Immuntoxine, medizinische Produkte, bestimmte Diagnose- und Lebensmitteltestsätze und andere medizinische Produkte. Ebenfalls betroffen sind Waren, die in der Luftfahrtindustrie verwendet werden (z. B. Turbojets und Turbopropeller).

3. Zusätzliche Einfuhrverbote

Die Verordnung umfasst Bitumen und verwandte Materialien wie Asphalt sowie synthetischen Kautschuk und Ruß (Anhang VI).

4. Finanzsektor

Drei russische Banken (Tinkoff Bank, Alfa Bank und Rosbank) wurden in die Liste der Einrichtungen aufgenommen, die dem Einfrieren von Vermögenswerten und dem Verbot der Bereitstellung von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen unterliegen.

5. Zusätzliche Maßnahmen unterschiedlicher Art

Zu den zusätzlichen Maßnahmen gehören das Verbot für russische Staatsangehörige, in den Leitungsgremien von Unternehmen für kritische Infrastrukturen der Mitgliedstaaten mitzuwirken, das Verbot für russische Staatsangehörige und Einrichtungen, Gasspeicherkapazitäten in der Union zu buchen (LNG ausgenommen), und Maßnahmen zur Erleichterung von Desinvestitionen in Russland durch EU-Unternehmen. Ein Schiffahrtsunternehmen aus einem Drittland, das im Verdacht steht, Russland bei der Umgehung der Sanktionen für Ölexporte zu helfen, wurde ebenfalls in die Liste aufgenommen. Privatflüge zwischen der EU und Russland, direkt oder über Drittländer, sollten im Voraus notifiziert werden, und das Verbot der Durchfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und Feuerwaffen über das Gebiet Russlands in Drittländer.

6. Durchsetzungsmaßnahmen und Maßnahmen gegen Umgehungen

Das neue Sanktionspaket sieht neue Meldepflichten für Vermögenswerte der russischen Bank vor. Dies ist besonders wichtig im Hinblick auf die mögliche Verwendung öffentlicher russischer Vermögenswerte zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine. Zu den weiteren Maßnahmen gehören Meldepflichten für eingefrorene Vermögenswerte (auch für Geschäfte, die vor der Börsennotierung getätigt wurden) und Vermögenswerte, die eingefroren werden sollten.

7. Zusätzliche Listung von Personen und Organisationen

Gegen weitere 87 natürliche und 34 juristische Personen wurden Restriktionen verhängt. Wichtige Wirtschaftsunternehmen wie die Alfa-Bank, die Rosbank, die Tinkoff Bank, der Nationale Vermögensfonds der Russischen Föderation und die Russische Nationale Rückversicherungsgesellschaft sind von den Sanktionen betroffen. Auf politischer Ebene betreffen die Sanktionen die neuen Mitglieder des Föderationsrates der Russischen Föderation seit dem 20. Dezember 2022, 19 stellvertretende Minister und mehrere Beamte der russischen Regierung, darunter die Leiter von Bundesbehörden, 4 Abgeordnete der Staatsduma, die Allrussische Volksfront und 5 mit ihr verbundene Personen. Die Beschränkungen wurden auch auf führende russische Militärs und zwei Mitglieder der Wagner-Gruppe, auf die Vertretungsbehörden der illegal annektierten Regionen Luhansk, Donezk, Cherson und Saporischschja sowie auf das so genannte Ministerium für Notsituationen der Volksrepublik Donezk, auf Personen, die für die Deportation und Zwangsadoption ukrainischer Kinder verantwortlich sind, sowie auf Organisationen, Autoren und Reporter der russischen Medien und Propagandamaschine ausgedehnt. Zu den sanktionierten Personen gehören auch vier iranische Personen, die an der Entwicklung und Lieferung von Drohnen beteiligt waren, die von Russland gegen die Ukraine eingesetzt wurden. Die benannten Personen und Einrichtungen unterliegen dem Einfrieren von Vermögenswerten, und EU-Bürgern und Unternehmen ist es

untersagt, ihnen Gelder zur Verfügung zu stellen. Natürliche Personen unterliegen darüber hinaus einem Reiseverbot, das sie an der Einreise in oder der Durchreise durch EU-Gebiete hindert.

8. Zusätzliche Verbote für russische Desinformationskanäle

Zwei weitere russische Medien (RT Arabic und Sputnik Arabic) wurden in das Medienverbot aufgenommen (Anhang V).

Weitere Informationen zu den neuen Maßnahmen:

Pressemitteilung:

[Russischer Angriffskrieg auf die Ukraine: Zehntes EU-Sanktionspaket beschlossen \(europa.eu\)](#)

Ausführungsbestimmungen:

[Official Journal of the EU, 25 February 2023 \(including a list of the sanctioned individuals and entities\)](#)

FAQ zum zehnten Sanktionspaket:

[Q&A: tenth package of restrictive measures against Russia \(europa.eu\)](#)

Weitere Unterlagen:

[EU response to Russia's invasion of Ukraine \(background information\)](#)

[European Council conclusions of 9 February 2023](#)

Alle bisherigen Sanktionspakete in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Presseberichte zum neuen Sanktionspaket:

[Gegen Russland: EU verabschiedet zehntes Sanktionspaket - ZDFheute](#)

[Krieg gegen die Ukraine: EU einigt sich auf neue Russland-Sanktionen | tagesschau.de](#)

Verlängerung der EU-Sanktionen bis Februar 2024

Die Europäische Union hat turnusgemäß die mit Kriegsausbruch vor einem Jahr verhängten Sanktionen gegen Russland um ein weiteres Jahr bis zum 24. Februar 2024 verlängert. Der entsprechende Beschluss des Europäischen Rates wurde jetzt mit Wirkung ab 22. Februar im Amtsblatt der EU veröffentlicht.

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

Polen blockiert letzten LKW-Grenzübergang zu Belarus

Seit dem 21. Februar, 19:00 Uhr, beschränkt Polen den Verkehr von LKWs am letzten tätigen Kontrollpunkt an der belarussisch-polnischen Grenze Kozlovichi – Kukuryki. Nach Informationen der AHK Belarus gibt es aber Ausnahmen für LKWs, die in den EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Freihandelsassoziation (EACT) registriert sind (<https://www.gov.pl/web/mswia/komunikat-mswia11>, <https://granica.gov.pl/j/index.php/komunikaty/938>). Somit sind von den Beschränkungen belarussische LKWs betroffen. Die Beschränkungen bleiben laut Polen in Kraft, „bis Belarus Beschränkungen für polnische LKWs aufhebt“. Laut Medienberichten erstreckte sich die LKWs-Schlange an dem einzigen offenen Grenzübergang über 60 Kilometer, Fahrer berichten von Wartezeiten von bis zu 63 Stunden. Die Beschränkung gilt nicht für die Personenbeförderung am Grenzübergang Terespol – Brest.

Europäischer Gaspreisdeckel aktiviert

Infolge von Russlands Krieg gegen die Ukraine kam es in Europa im vergangenen Jahr zu einem drastischen Anstieg der Großhandelspreise für Erdgas um bis zu 1000 Prozent mit noch heute spürbaren Folgen für Verbraucher und Wirtschaft. Die Wiederholung einer solchen Situation soll ab sofort ein flexibler EU-Preisdeckel verhindern. Seit Mitte Februar ist das von der Bundesregierung monatelang abgelehnte System aktiviert.

Der sogenannte Marktkorrekturmechanismus soll Bürger und Wirtschaft vor überhöhten Preisen schützen. Konkret geht es darum, zu verhindern, dass die Großhandelspreise für Gas in der EU über längere Zeit deutlich über den Weltmarktpreisen liegen. Die EU-Verordnung zu dem sogenannten Korrekturmechanismus trat bereits am 1. Februar in Kraft. Eine Aktivierung ist allerdings erst seit dem 15. Februar möglich.

Die EU wird künftig bestimmte Gashandelsgeschäfte verbieten, wenn ihr Preis ein vorab festgelegtes Niveau erreicht und der Preisanstieg nicht einem ähnlichen Preisanstieg auf regionaler Ebene oder auf dem Weltmarkt entspricht. Ausgelöst wird der Korrekturmechanismus, wenn der Preis der Produkte drei Arbeitstage lang 180 Euro pro Megawattstunde übersteigt und gleichzeitig 35 Euro über einem internationalen Durchschnittspreis für flüssiges Erdgas (LNG) liegt. Der relevante europäische Gaspreis lag zuletzt zwischen 50 und 60 Euro und damit sehr deutlich unter dem Grenzwert von 180 Euro pro Megawattstunde. Damit ist er meilenweit von den Höchstständen im vergangenen August entfernt, die den Anstoß zu einer Debatte über einen Preisdeckel gegeben hatten. Damals erreichten die europäischen Erdgaspreise nach Angaben der EU-Kommission ein Niveau, das 1000 Prozent über den bis dato in der Union verzeichneten Durchschnittspreisen lag. Bewegten sich die Preise in den vergangenen zehn Jahren zwischen 5 und 35 Euro pro Megawattstunde, kletterten sie im vergangenen Sommer auf Rekordstände von deutlich über 300 Euro pro Megawattstunde.

Nach Einschätzung von Gasmarktexperten dürfte die Preisentwicklung in erster Linie vom Wetter im Rest der Heizsaison abhängen. Wenn es die Temperaturen zulassen, dass größere Gasreserven in den Speichern übrig bleiben, könnte es ein Sommerloch bei den Preisen geben.

Die im März startende deutsche Gaspreisbremse hat einen anderen Ansatz. Sie betrifft direkt die Endverbraucher und soll die Folgen der rasant gestiegenen Energiepreise abfedern. Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen bekommen für 80 Prozent ihres bisherigen Verbrauchs einen Gas-Bruttopreis von 12 Cent pro Kilowattstunde garantiert. Für die restlichen 20 Prozent soll der ganz normale Vertragspreis gelten - so soll ein Sparanreiz erhalten bleiben.

„Auf europäischer Ebene gibt es die Illusion: Wir deckeln den Gaspreis. Und wenn der Preis zu hoch ist, darf kein Geschäft mehr abgeschlossen werden. Das wird nicht funktionieren“, sagte jüngst der Chef des Energiekonzerns RWE, Markus Krebber, im Podcast "Die Wirtschaftsreporter" der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (WAZ). Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hatte bereits vor Weihnachten den Beschluss für einen EU-Gaspreisdeckel als Risiko für die Versorgungssicherheit kritisiert. „Gaspreisdeckel lösen keine Versorgungskrise, sondern riskieren grundsätzlich die Versorgungssicherheit in Europa“, sagte Vize-Hauptgeschäftsführer Holger Lösch damals. Gas gehe in die Regionen, die bereit seien, die durch die Gasknappheit hervorgerufenen Preise zu bezahlen.

[EU - Nie mehr 1000 Prozent plus? EU aktiviert Gaspreisdeckel - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-nie-mehr-1000-prozent-plus-eu-aktiviert-gaspreisdeckel-1.5000000)

G7 planen Strafen für Sanktionsumgehung und Koordinierungsmechanismus

Die G7-Länder wollen Informationen von Bloomberg zufolge ausländische Unternehmen bestrafen, die Russland bei der Umgehung westlicher Sanktionen helfen. Ein Paket mit Strafmaßnahmen gegen Firmen aus China, dem Iran und Nordkorea könne am 24. Februar beschlossen werden, berichtete Bloomberg unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen. Im Visier seien insbesondere diejenigen Unternehmen, die Technologie und Komponenten für Russlands Rüstungsindustrie liefern. Mithilfe von Strafmaßnahmen solle verhindert werden, dass militärische Güter in Zukunft über Drittländer nach Russland gelangen. Konkrete Sanktionen und Unternehmen seien noch Gegenstand von Diskussionen, so Bloomberg. Auch werde diskutiert, ob vielleicht jedes G7-Land eigene Maßnahmen verhängen sollte.

Einem Bloomberg-Bericht zufolge richtet die G7 zudem einen „Koordinierungsmechanismus für die Durchsetzung“ der Sanktionen ein, um deren Durchsetzung besser abzustimmen. Der Mechanismus soll den Informationsaustausch und die Durchsetzung von Sanktionen gegen Länder und Unternehmen verbessern, die im Verdacht stehen, Russland in der Ukraine durch Umgehung von Sanktionen zu unterstützen.

Spanien blockiert Frachtschiff

Das spanische Ministerium für Verkehr, Mobilität und urbane Agenda hat bekannt gegeben, dass der Maersk Magellan, einem unter der Flagge Singapurs fahrenden Schiff,

letzte Woche die Einfahrt in den Hafen von Tarragona verweigert wurde, weil es Dieselkraftstoff geladen hatte, der von einem anderen Schiff, der Nobel, stammte, die bis zum 1. Juli 2022 unter russischer Flagge fuhr. Spanien erklärte, dass diese Maßnahme im Einklang mit den EU-Sanktionen gegen Russland getroffen wurde, die Schiffen unter russischer Flagge und Schiffen, die ihre russische Flagge oder Registrierung nach dem 24. Februar 2022 in die eines anderen Staates geändert haben, den Zugang zu EU-Häfen untersagen.

[Mitma prohíbe la entrada del buque Maersk Magellan al puerto de Tarragona por transportar hidrocarburos procedentes de un buque ruso | Ministerio de Transportes, Movilidad y Agenda Urbana](#)

EU stuft Russland als Steueroase ein

Die Europäische Union hat Russland nach AFP-Informationen als Steuerparadies eingestuft. Die EU-Finanzminister nahmen Russland in ihre schwarze Liste der Steueroasen auf. Auch die britischen Jungferninseln, Costa Rica sowie die Marshallinseln stehen nun auf der Liste der staatlichen Einheiten, die als nicht kooperativ eingestuft werden. Die Liste umfasst nun insgesamt 16 Länder und Gebiete.

In einer Erklärung verwiesen die EU-Staaten darauf, dass Russland seinen Zusagen, „schädliche Aspekte“ von Sonderregelungen für internationale Holdinggesellschaften anzugehen, nicht nachgekommen sei. Zudem sei der Dialog mit Russland über Steuerfragen durch den russischen Angriff auf die Ukraine zum „Stillstand“ gekommen. Gleichzeitig wurden Nordmazedonien, Barbados, Jamaika und Uruguay von der „grauen Liste“ genommen und stehen damit nicht mehr unter verschärfter Beobachtung. Die EU hatte Ende 2017 ihre Gangart gegen Steuerparadiese nach Enthüllungen wie den sogenannten Panama Papers über weit verbreitete Praktiken von Steuerflucht und -hinterziehung verschärft. Damals wurden die schwarze und die graue Liste gemeinsam eingeführt. Die Europäer setzen mit ihren Listen auf eine „Prangerwirkung“ und versuchen gleichzeitig, die Länder und Gebiete durch politischen Druck zur Änderung ihrer Steuergesetzgebung zu bewegen.

Belarussisches Unternehmen scheitert mit Sanktionsklage

Der Europäische Gerichtshof hat eine Nichtigkeitsklage von Belaeronavigatsia, dem für die Flugsicherung zuständigen belarussischen Staatsunternehmen, abgewiesen, die sich gegen Rechtsakte aus den Jahren 2021 und 2022 richtete, mit denen das Unternehmen auf die Sanktionsliste der EU gegen Belarus gesetzt wurde. Dies berichtet europeansanctions.com. Rechtssache: T-536/21.

Belaeronavigatsia wurde im Juni 2021 als Reaktion auf die Umleitung des Ryanair-Flugs FR4978 nach Minsk und die Verhaftung des Journalisten Roman Protasevich und von Sofia Sapega (siehe vorherigen Beitrag) in die Liste aufgenommen.

Begründung des Europäischen Gerichtshofs:

Als „Verantwortliche“ für die Unterdrückung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition in Belarus sind Personen oder Einrichtungen zu verstehen, deren Handlungen und/oder Aktivitäten zu dieser Unterdrückung beitragen, unabhängig von ihrer Absicht, sobald sie die Folgen ihrer Handlungen und/oder Aktivitäten kennen oder vernünftigerweise nicht ignorieren können.

Die Verhaftung von Herrn Protasevich und Frau Sapega stellte einen solchen Akt der Unterdrückung im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen 2020 dar. Die EU hat sich nicht geirrt, als sie feststellte, dass Belaeronavigatsia für die Unterdrückung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition in Belarus verantwortlich ist, da es an der Umleitung des Fluges FR4978 beteiligt war. Belaeronavigatsia konnte vernünftigerweise nicht in Unkenntnis darüber sein, dass seine Maßnahmen zur Umleitung des Fluges aus Gründen, die nichts mit der Flugsicherheit zu tun hatten, zur Unterdrückung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition beitrugen.

[CURIA - Dokumente \(europa.eu\)](#)

EU-Konsultationen zu Dual-use-Sanktionen

Die Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission hat eine Konsultation eingeleitet, in der Interessengruppen, die an der Ausfuhr von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck interessiert sind, aufgefordert werden, an der Ausarbeitung von EU-Leitlinien für die Datenerhebung und die Erstellung des EU-Jahresberichts über Ausfuhrkontrollen von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck gemäß der Verordnung (EU) 821/2021 mitzuwirken.

In der Konsultation wird gefragt:

- Was sind Ihre allgemeinen Erwartungen in Bezug auf Transparenz und Berichterstattung im Rahmen der Dual-Use-Verordnung?
- Haben Sie spezielle Anmerkungen dazu, wie die in Artikel 26 der EU-Dual-Use-Verordnung genannten Elemente behandelt werden sollten?
- Welche Art von Informationen ist für die öffentliche Berichterstattung und die Transparenz am wichtigsten und warum, wenn man bedenkt, dass die Datenerfassung für die verschiedenen Arten von Genehmigungen (z. B. Einzelgenehmigungen, Globalgenehmigungen, nationale Genehmigungen und allgemeine Genehmigungen der Union) möglich ist?

Die Konsultation endet am Dienstag, den 28. Februar 2023.

[Guidelines for data collection and preparation of the EU annual report on dual-use export controls under Regulation \(EU\) 821/2021 \(europa.eu\)](#)

Aktuelle EU-Guidelines und FAQ

Die Europäische Kommission hat ihre FAQs zu den Russland-Sanktionen in Bezug auf Medien, Medizin und Gesundheitstechnik, Zollangelegenheiten sowie Umgehung und Sorgfaltspflichten aktualisiert.

[30-January-2023-EU-Commission-FAQs-Media.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

[1-February-2023-EU-Commission-FAQs-Medicines-and-medical-devices.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

[7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Customs-related-Matters-compressed.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

[7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Circumvention-and-Due-Diligence-compressed.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

Außerdem gibt es ergänzende FAQs für Importeure zur Abwicklung von Finanztransaktionen im Zusammenhang mit dem Handel in den besetzten ukrainischen Oblasten Donezk, Cherson, Luhansk und Saporischschja sowie für humanitäre Hilfe.

[7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Oblasts-compressed.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

[7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Humanitarian-Aid-compressed.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

Hier alle konsolidierten FAQ:

[7-February-2023-EU-Commission-FAQs-Consolidated-FAQs-compressed.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

Alle EU-Sanktionsentwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

4. Russland

Zwangsabgabe für Großunternehmen in Vorbereitung

Die russische Regierung sucht offenbar weiter nach einem Weg, Unternehmen an der Finanzierung der Staatsausgaben zu beteiligen, darauf weist die AHK in Moskau hin. Insgesamt erwarte der Staat einen Beitrag der Wirtschaft von 300 Mrd. Rubel (3,7 Mrd. Euro), sagte Finanzminister Anton Siluanow. Zuletzt hatten Regierungsvertreter eine „freiwillige“ Einmalzahlung ins Spiel gebracht, nun berichtet das Wirtschaftsportal RBC von Gedankenspielen zu einer verpflichtenden Abgabe. Laut Insidern soll sie Unternehmen betreffen, die in den vergangenen beiden Jahren im Schnitt mehr als 1 Mrd. Rubel (12,4 Mio. Euro) Gewinn gemacht haben. Dabei sei noch offen, ob in dieser Variante der Gewinn vor oder nach Steuern herangezogen würde. Laut RBC gab es 2020 in Russland 245 Unternehmen, die über der genannten Gewinnschwelle lagen. Ein alternatives Kriterium für die Abgabepflicht ist laut RBC die Höhe des Jahresumsatzes, etwa ab 50 oder 100 Mrd. Rubel (620 Mio. oder 1,24 Mrd. Euro).

[Власти обсудят разовый сбор с компаний с прибылью выше ₹1 млрд — РБК \(rbc.ru\)](#)

Russland-Sanktionen: Banken ziehen sich zurück

Geldhäuser wie die Bank of China, die ICBC, die China Construction Bank und andere nähmen keinen Zahlungsverkehr mit vom Westen sanktionierten russischen Banken mehr vor. Das berichtete der Vizechef der russischen Großbank Rosbank Alexander Rachmanin laut Informationen des Handelsblatts auf einer Wirtschaftskonferenz in Moskau.

Mit der Türkei könnten demnach nur noch Banken aus der zweiten Reihe arbeiten. Und auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) können Dollar-Zahlungen im Handel mit Russland nicht mehr durch die lokale Währung Dirham ersetzt werden. In die VAE hatten viele russische Unternehmer ihre Geschäfte seit Kriegsbeginn verlegt. Zudem ist Moskau gerade dabei, einen großen Teil seines ebenfalls seit Dezember und dem 5. Februar sanktionierten Rohstoffhandels an den Golf auszulagern. Dafür werden dort Scheinfirmen gegründet.

Schon im Falle der Iran-Sanktionen hatte die US-Finanzaufsicht OFAC Banken in China, den Emiraten, der Türkei und andernorts sehr deutlich mit erheblichen Strafen gedroht, sollten sie die US-Sanktionen unterlaufen. „Secondary Sanctions“ nennen sich diese Maßnahmen Washingtons. Sie sehen einen Ausschluss aus US-amerikanischen Finanzmärkten vor, sollten sich Unternehmen in Drittstaaten nicht den Vorgaben des Weißen Hauses anschließen. Dieser Preis scheint vielen vorigen Partnern Russlands jetzt zu hoch zu werden.

Russland und Belarus regeln die Ein- und Ausreise ausländischer Staatsangehöriger neu

Ein entsprechendes Abkommen, das den Grenzübertritt von Ausländern und Staatenlosen an der russisch-belarussischen Staatsgrenze regelt, wurde nach Informationen von RSP-International jetzt ratifiziert.

Die Russische Föderation und die Republik Belarus werden Visa und andere Dokumente im Zusammenhang mit der Einreise ausländischer Staatsangehöriger in das Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staates sowie für das Überschreiten der Staatsgrenze zwischen den beiden Staaten gegenseitig anerkennen. Mit der belarussischen Seite wird ein Informationsaustauschsystem über ausgestellte und annullierte Einreise- und Aufenthaltsgenehmigungen sowie über das Überschreiten der russisch-belarussischen Grenze an den dafür vorgesehenen Kontrollpunkten eingeführt.

Das Abkommen sieht insbesondere vor, dass ausländische Staatsangehörige und Staatenlose ein Recht auf Ein- und Ausreise, Aufenthalt und Transit durch das Territorium der zwei Staaten aufgrund des nationalen Visums eines der beiden Staaten und eines gültigen Reisedokuments erhalten. Ausländische Staatsangehörige und Staatenlose dürfen während der Gültigkeitsdauer dieser Dokumente in das Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staates einreisen, es verlassen, sich dort aufhalten oder durch dieses reisen.

Nicht erlaubt ist die Aufnahme einer Tätigkeit z.B. in Belarus, wenn nur eine russische Arbeitserlaubnis vorliegt.

Das entsprechende Föderale Gesetz trat am 1. Februar 2023 in Kraft.

[Russland - Visafreiheit mit Belarus \(rsp-i.info\)](https://rsp-i.info)

Preisnachlass-Deckel für Export-Öl

Die russische Regierung will laut Vedomosti den Preisnachlass begrenzen, den die heimischen Ölproduzenten ihren ausländischen Kunden gewähren. Der in die Duma eingebrachte Gesetzentwurf sieht einen maximalen Abschlag gegenüber dem Preis für die Nordseesorte Brent von 34 US-Dollar pro Barrel im April vor. Bis Juli soll die Differenz schrittweise auf 25 Dollar fallen. Im Januar erhielten russische Exporteure im Schnitt 49,48 Dollar pro Barrel der russischen Ölsorte Urals. Der Weltmarktpreis für die Sorte Brent betrug im Schnitt allerdings 85 Dollar pro Barrel, was einen Abschlag von rund 35,50 Dollar bedeutete. Wäre der Abschlag bereits im Januar wie jetzt vorgeschlagen auf 25 Dollar begrenzt gewesen, hätten die Ölproduzenten 63 Mrd. Rubel (0,8 Mrd. Euro) mehr an Steuern an den Staat bezahlen müssen, berechnete die Nachrichtenagentur Reuters. Ob sich die Ziele der russischen Regierung am Markt durchsetzen lassen, bleibt abzuwarten.

[Правительство согласовало скидку Urals к Brent при расчете налогов - Ведомости \(vedomosti.ru\)](https://vedomosti.ru)

5. USA

USA veröffentlichen neues Sanktionspaket gegen Russland

Mit weiteren Sanktionen, verschärften Exportbestimmungen und Zollerhöhungen will die US-Regierung Russland den Geldhahn zur Finanzierung seines Krieges gegen die Ukraine weiterzudrehen, dies berichtet die Deutsche Presse-Agentur. Das am Freitag, 24.2. veröffentlichte Maßnahmenpaket beinhaltet Sanktionen gegen mehr als 200 Personen, bei denen es sich um Staatsbürger von Russland oder auch Staaten in Europa, Asien und Nahost handele, die Russlands Kriegstreiben unterstützten. Ins Visier genommen würden zudem ein Dutzend russische Finanzinstitutionen, russische Beamte sowie Personen, die illegitim in der Ukraine agierten, erklärte das Weiße Haus.

Weitere Sanktionen richteten sich gegen Akteure mit Verbindungen zu Russlands Verteidigungs- und Technologie-Industrie, „einschließlich derjenigen, die für das Aufstocken russischer Bestände an sanktionierten Gegenständen oder die Ermöglichung einer Umgehung von Sanktionen verantwortlich sind“, hieß es. Verschärfte Exportbestimmungen sollten verhindern, dass Firmen aus Russland oder anderen Ländern dabei helfen, bestehende Sanktionen zu umgehen und Russlands militärische Bestände aufzufüllen. Die knapp 90 gelisteten Unternehmen dürften künftig bestimmte Artikel - Halbleiter etwa - nicht mehr erwerben, die in den USA oder im Ausland mithilfe von US-Technologie hergestellt wurden.

Die Maßnahmen zielten auch gegen Russlands zukünftige Energie-Kapazitäten, in der Art, dass die aktuelle Produktion nicht beeinträchtigt werde, um Störungen am Markt minimal zu halten, hieß es weiter. Ähnliches gelte für Russlands Metall- und Bergbausektor. Gleichzeitig sollen Importzölle für bestimmte russische Waren erhöht werden. Dabei gehe es erneut darum, Russland internationale Handelsprivilegien zu entziehen. Damit sollten einerseits dem Kreml Einnahmequellen genommen und andererseits Abhängigkeiten der USA von Russland reduziert werden, so das Weiße Haus.

Washington sicherte der Ukraine erneut seine Unterstützung auf Sicherheits- und Wirtschaftsebene sowie beim Wiederaufbau seiner Energie-Infrastruktur zu. Alle Maßnahmen zielten darauf ab, Russland für seinen Angriffskrieg zur Verantwortung zu ziehen.

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy1296>

[New US sanctions for Russia on war anniversary - BBC News](#)

Reisewarnung für Russland

Die USA haben eine Reisewarnung für Russland ausgesprochen. Auf ihrer Webseite ruft die US-Botschaft in Moskau zudem US-Bürger zum unverzüglichen Verlassen des Landes auf. Ein konkreter Anlass für die Warnung wird nicht genannt. Im Herbst 2022 hatte die

Botschaft ebenfalls eine Reisewarnung ausgesprochen und dies mit der Teilmobilmachung in Russland begründet.

[Travel Advisory: Russia – Do Not Travel - U.S. Embassy & Consulates in Russia \(usembassy.gov\)](#)

Neue Einheit soll Umgehung von Technologie-Sanktionen verhindern

Das US-Justizministerium und das Handelsministerium kündigten letzte Woche die Einrichtung der Disruptive Technology Strike Force an, die verhindern soll, dass kritische technologische Güter von „nationalstaatlichen Gegnern“ wie China, Iran, Russland und Nordkorea erworben oder genutzt werden. Die Strike Force wird in 12 Regionen der USA tätig sein und sich unter anderem auf die Ermittlung und Verfolgung von Verstößen gegen Ausfuhrgesetze, die Verbesserung der administrativen Durchsetzung von US-Ausfuhrkontrollen und die Nutzung internationaler Partnerschaften zur Koordinierung von Strafverfolgungsmaßnahmen und Disruptionstrategien konzentrieren.

[file \(doc.gov\)](#)

OFAC prüft Raiffeisen-Geschäft

Einem Bericht von Reuters zufolge prüft das Office of Foreign Sanctions Control (OFAC) die Geschäfte der Raiffeisen Bank International (RBI) mit Russland. Das OFAC soll sich im Januar an die RBI gewandt haben mit der Bitte, „das Zahlungsverkehrsgeschäft und die damit verbundenen Prozesse der RBI im Lichte der jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit Russland und der Ukraine zu klären“.

[Exclusive: U.S. sanctions authority probes Raiffeisen on Russia | Reuters](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Neues Sanktionspaket gegen Russland

Anlässlich des einjährigen Jubiläums der russischen Aktionen in der Ukraine hat das Vereinigte Königreich am 24.2. die folgenden Sanktionen gegen Russland angekündigt:

- Exportverbote für alle Güter, die Russland nachweislich auf dem Schlachtfeld in der Ukraine eingesetzt hat, darunter Flugzeugteile, Funkgeräte und elektronische Komponenten;
- Einfuhrverbote für 140 Waren, einschließlich in Drittländern verarbeiteter Eisen- und Stahlerzeugnisse;
- die Ausweitung der bestehenden Maßnahmen gegen die Krim und die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete von Donezk und Luhansk auf die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete von Cherson und Saporischschja;
- die Benennung von 80 Personen, darunter:
 - 17 leitende Angestellte des staatlichen russischen Atomkraftwerks Rosatom;
 - 34 leitende Angestellte der Rüstungsunternehmen Rostec und Almaz-Antey Corporation;
 - 20 Führungskräfte von Gazprom und Aeroflot, darunter der Gazprom-Vorsitzende Viktor Zubkov;
 - 5 hochrangige iranische Führungskräfte von Qods Aviation Industry, dem Unternehmen, das angeblich in der Ukraine eingesetzte Drohnen herstellt;
 - Mattias Warnig, CEO von Nord Stream 2;
 - Ljubow Kabajewa, Mutter von Alina Kabajewa;
 - Alexei Dyumin, ehemaliger Sicherheitschef von Präsident Putin;
 - Alexei Kozak, Sohn des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Dmitry Kozak;
 - die Benennung von 12 russischen Einrichtungen, darunter:
 - Bank St. Petersburg PJSC, Bank Uralsib PJSC, Bank Zenit PJSC und MTS Bank PJSC;
 - 6 Unternehmen, die an der Herstellung oder Reparatur von militärischer Ausrüstung für die russischen Streitkräfte beteiligt sind; und
 - 2 Tochtergesellschaften von Rosatom.

[New sanctions ban every item Russia is using on the battlefield - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/new-sanctions-ban-every-item-russia-is-using-on-the-battlefield)
<https://www.gov.uk/government/news/new-sanctions-ban-every-item-russia-is-using-on-the-battlefield>

„Wiederaufbauhilfe für die Ukraine“

Die Bibliothek des britischen Unterhauses (House of Commons Library) hat Informationsmaterial zu „Sanktionen gegen Russland“ veröffentlicht. Konkret geht es um:

- das britische Sanktionssystem vor 2022;
- die vom Vereinigten Königreich als Reaktion auf die russische Aggression gegen die Ukraine verhängten Sanktionen;
- die Koordinierung von Sanktionen mit Verbündeten, einschließlich der USA, der EU, der G7 und anderer Länder, und
- die Verhängung von Drittlandssanktionen (u. a. gegen Belarus, Iran und Syrien).

[CBP-9481.pdf \(parliament.uk\)](#)

Zudem ist eine Publikation zu „Wiederaufbauhilfe für die Ukraine nach dem Konflikt“ erschienen, mit folgenden Themen:

- den Konflikt;
- die Wiederaufbauhilfe; und
- die Frage, ob sanktionierte Vermögenswerte für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden könnten, einschließlich innerstaatlicher Rechtsfragen, internationaler Rechtsfragen und internationaler Initiativen zur Beschlagnahme sanktionierter Vermögenswerte.

•
[CBP-9728.pdf \(parliament.uk\)](#)

Schweiz

Enteignung russischer Vermögen nicht zulässig

Die Schweiz kann nach Angaben ihrer Regierung keine russischen Vermögenswerte im Land für den Wiederaufbau der Ukraine beschlagnahmen, dies berichtet die Nachrichtenagentur AFP. Eine von der Regierung beauftragte Arbeitsgruppe sei demnach zu dem Schluss gekommen, dass die entschädigungslose Enteignung von Privatvermögen rechtmäßiger Herkunft nach Schweizer Recht nicht zulässig sei, hieß es in einer Erklärung. Die traditionell bündnisneutrale Schweiz hatte sich nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine vor fast einem Jahr den EU-Sanktionen gegen Moskau angeschlossen. Seitdem hat die wohlhabende Alpenrepublik russische Vermögenswerte in Milliardenhöhe eingefroren. Angesichts internationaler Vorschläge, diese zu beschlagnahmen und das Geld für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden, hatte der Bundesrat eine Arbeitsgruppe des Justizministeriums gebeten, die Rechtmäßigkeit eines solchen Vorgehens zu klären.

Diese erklärte nun, das Einziehen eingefrorener Privatvermögen sei mit der Bundesverfassung und der geltenden Rechtsordnung unvereinbar und verletze die internationalen Verpflichtungen der Schweiz.

Die Regierung in Bern erklärte zugleich, dass die Unterstützung für die Ukraine unabhängig von den Diskussionen über eingefrorene Vermögenswerte fortgesetzt werde. Es würden weitere Gespräche geführt, unter anderem über die Möglichkeit, die Währungsreserven der russischen Zentralbank und andere staatliche Vermögenswerte zu beschlagnahmen.

[Federal Council has received legal clarifications on frozen Russian assets \(admin.ch\)](#)

Österreich

Hauptaktionär Deripaska klagt gegen Strabag-Konzern

Nachdem der russische Strabag-Großaktionär Oleg Deripaska infolge der EU-Sanktionen gegen Russland im Konzern entmachtet worden ist, hat er dagegen vor dem zuständigen Landesgericht Klagenfurt Klage erhoben. Dies berichtet die österreichische Nachrichtenagentur APA. Konkret hat die Rasperia Trading Klage eingebracht, und zwar wegen der Enthebung des Aufsichtsratsmitglieds Thomas Bull.

Die MKAO Rasperia Trading, die laut Strabag von Deripaska kontrolliert wird, hält an Österreichs größtem Baukonzern eine Beteiligung im Ausmaß von 27,8 Prozent. Die Rasperia verlangt nun, dass die Beschlüsse einer außerordentlichen Hauptversammlung von 5. Mai 2022 für nichtig erklärt werden. Konkret ist die Enthebung des von der Rasperia entsandten Aufsichtsratsmitglieds Thomas Bull nach Ansicht der Rasperia als ungesetzlich rückgängig zu machen. Weitere Beschlüsse waren, dass die Rasperia nunmehr keine Stimmrechte mehr bei der Strabag hat und auch die Dividendenzahlungen an den Großaktionär eingestellt wurden.

Strabag-CEO Thomas Birtel zeichnete ein düsteres Bild der Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine für den Konzern: „Länder, in denen wir namhafte Aktivitäten haben, wie etwa das Vereinigte Königreich und Kanada, haben sehr schnell Sanktionen ausgesprochen.“ Vor allem in Großbritannien habe es Forderungen gegeben, die Strabag von einem Großprojekt auszuschließen. Probleme hätten auch in Polen, Rumänien und Tschechien gedroht, allesamt wichtige Märkte für die Strabag. „Polen ist das drittwichtigste Land für den Strabag-Konzern, mit einem Auftragsbestand von 1,5 Milliarden Euro und seinerzeit 6.500 Mitarbeitern“, erklärte Birtel. Die Kritik richtete sich darauf, dass „nicht ausgeschlossen sei, dass russischer Einfluss auf die Strabag ausgeübt werden kann“. Von der polnischen Regierung sei die Enthebung als positiv berücksichtigt worden, und sie sei auch zur Begründung herangezogen worden, dass die polnischen Sanktionen Deripaska, aber nicht die Strabag betroffen hätten.

Australien

90 Personen und 40 Einrichtungen neu gelistet

Die australische Regierung hat die Aufnahme von 90 Personen und 40 Einrichtungen in ihre Russland-Sanktionsliste bekannt gegeben. Zu den benannten Personen gehören:

Kalashnikov Concern, einer der größten russischen Waffenhersteller;
Admiralty Shipyards, ein Entwickler von U-Booten;
Tupolev, ein Luftfahrtunternehmen;
Makeyev Rocket Design Bureau, ein Raketenkonstrukteur; und
Kurganmashzavod, ein Hersteller von Infanterie-Kampffahrzeugen

[Australia Stands with Ukraine with Additional Military Support and Sanctions | Prime Minister of Australia \(pm.gov.au\)](https://www.pm.gov.au/news/australia-stands-with-ukraine-with-additional-military-support-and-sanctions)

7. Blick über den Tellerrand

EU-Sanktionen gegen Iran/Schutz der Menschenrechte

Der Europäische Rat beschloss am 20. Februar, restriktive Maßnahmen gegen weitere 32 Personen und zwei Einrichtungen zu verhängen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen in Iran verantwortlich sind.

Zu den sanktionierten Personen gehören laut einer Aufstellung von Business Europe der iranische Minister für Kultur und islamische Führung und der Bildungsminister, der stellvertretende Kommandeur und Sprecher des Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC), die Mitbegründer der in der EU gelisteten Ravin-Akademie und Mitglieder des iranischen Parlaments. Die Maßnahmen umfassen das Einfrieren von Vermögenswerten, ein Reiseverbot in die EU und das Verbot, den aufgeführten Personen Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Mit dieser neuen Maßnahme gelten nun EU-Beschränkungen für 196 Personen und 33 Einrichtungen, einschließlich eines Verbots der Ausfuhr von Ausrüstungen, die zur internen Repression verwendet werden könnten, und von Ausrüstungen zur Überwachung der Telekommunikation nach Iran.

Die entsprechenden Rechtsakte sind im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden:

[Official Journal of the EU \(including the names of the listed persons and entities\)](#)

[Iran: EU adopts further restrictive measures against human rights violations \(press release, 23 January 2023\)](#)

[Iran: Council approves conclusions \(press release, 12 December 2022\)](#)

USA und Großbritannien sanktionieren bulgarische Politiker wegen Korruption und Nähe zu Russland

Die USA und Großbritannien haben koordinierte Sanktionen gegen eine Reihe von bulgarischen Politikern wegen Korruption verhängt, von denen mehrere pro-russischen Parteien angehören. Dies berichtet Balkan Insight.

Mehrere hochrangige bulgarische Politiker wurden 10. Februar gleichzeitig durch den Global Magnitsky Act und das Office of Foreign Assets Control OFAC des US-Finanzministeriums sowie durch die britische Regierung sanktioniert.

Zu den von den USA benannten Personen gehören das GERB-Mitglied Wladislaw Goranow, Finanzminister 2017-2020 im dritten Kabinett von Bojko Borissow, der Parteivorsitzende der Russophilen Bewegung Nickolaj Malinow, der 2019 wegen

Spionage angeklagt wurde, die Mitglieder der Bulgarischen Sozialistischen Partei 2017-2019, der Abgeordnete Iwan Kirow und Rumen Owtscharow, Minister für Wirtschaft und Energie von 2005 bis 2007, sowie Alexander Nikolow, ehemaliger Generaldirektor des einzigen bulgarischen Kernkraftwerks Kosloduj. Die Sozialistische Partei Bulgariens ist die Nachfolgerin der ehemals regierenden Kommunistischen Partei und traditionell mit Russland verbündet.

Zu den benannten Organisationen gehören Bulgariens pro-russische rechtsextreme Partei Revival, die in zahlreiche Kontroversen verwickelt ist, zuletzt in eine Anti-Euro-Kampagne und in die Einschüchterung von Journalisten, sowie die eher marginale Russophile Bewegung.

[US, UK, Sanction Bulgarian Politicians, Former Ministers, for Corruption | Balkan Insight](#)

8. Termine

28. Februar: Business for Business – aktuelle wirtschaftliche Situation in Russland, 10:30 Uhr, online

Der Ost-Ausschuss lädt Sie zur 10. Ausgabe der Online-Veranstaltung zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Dienstag, 28. Februar 2023, 10:30 Uhr (MEZ) ein. Anmeldeschluss ist am Montag, den 27. Februar 2023 um 13.00 Uhr. Das Format richtet sich direkt an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses in Russland und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch und dem praktischen Umgang mit der gegenwärtigen Krise dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit im Umgang mit Sanktionen sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten. Bei Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an [Dr. Christiane Schuchart](#) oder [Jens Böhlmann](#).

16. März 2023: Informationsveranstaltung zum Thema „Wiederaufbau der Ukraine – Möglichkeiten für die bayerische Wirtschaft“, 18:00 - 19:30 Uhr, hybrid, München (Save the Sate)

Am 16. März organisieren die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) und der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) in einer hybriden Form eine Informationsveranstaltung zum Thema „Wiederaufbau der Ukraine – Möglichkeiten für die bayerische Wirtschaft“ mit dem Fokus auf Herausforderungen und Chancen für deutsche Energieunternehmen bei der aktuellen Energie-Nothilfe und dem Wiederaufbau der Ukraine. Die Einladung wird in den nächsten Tagen an Ost-Ausschuss- und vbw-Mitgliedunternehmen versendet. Weitere Interessenten können sich gerne beim [Service Desk Ukraine](#) melden.

23. März 2023: NRW-Wirtschaftskonferenz „Wiederaufbau der Ukraine“, 13:00 Uhr, Düsseldorf (Save the Date)

Die Konferenz ist eine gemeinsame Veranstaltung des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, NRW.Global Business und IHK NRW. Weitere Partner sind der Ost-Ausschuss und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine). Die Konferenz bietet Interessierten aus Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen in NRW und der Ukraine Gelegenheit zum Wissens- und Meinungsaustausch über die aktuelle Situation sowie über Rahmenbedingungen für die künftige Zusammenarbeit hinsichtlich des Wiederaufbaus der Ukraine. Neben dem Botschafter der Ukraine in Deutschland haben weitere hochrangige Vertreter der Ukraine ihre Teilnahme bereits zugesagt.

9. Tipps & Links

Im Verlag beck-online erscheint seit dem vergangenen Jahr die Reihe „**Ukraine-Krieg und Recht**“, die sich mit juristischen Fragestellungen rund um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und Sanktionsfragen beschäftigt. Weitere Informationen finden Sie hier: [UKuR 2023 - beck-online](#)

ZDF-heute zeichnet in diesem Beitrag die Veränderungen in den internationalen Handelsströmen von und nach Russland und die **Wirkungen der Sanktionen** nach: [Wie der Ukraine-Krieg den Handel mit Russland verändert hat | ZDFheute](#)

In der gerade erschienenen Ausgabe der **Russland-Analysen** (Nr. 432) ist zum Jahrestag des russischen Angriffs eine Analyse der militärischen Entwicklung enthalten. Ein Kommentar befasst sich zudem mit dem Thema „Krieg und die Kirchen“. Die neue Ausgabe der **Ukraine-Analysen** (279) ergänzt die Themen um eine Betrachtung der ukrainischen Gesellschaft, die durch den Krieg zur Überraschung vieler nicht zerfallen ist, sondern konsolidiert wurde.

[RusslandAnalysen432.pdf \(laender-analysen.de\)](#)

[Ukraine-Analysen Nr. 279 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

Wichtige Kontakte zu Sanktionen:

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf? blob=publicationFile&v=9

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf? blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU |](#)

[Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor:

[Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und

Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](http://News(aebrus.ru))

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss